

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Ausschusses für Technik und Umwelt

vom 04.05.2023

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 22:03 Uhr

Zahl der Mitglieder des Ausschusses für Technik und Umwelt: 12

Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender

und Mitglieder

Anwesend:

StR Bauer
StR Degler
StR Dobler
StR Dyken
StR Franke
StR Gül
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Konrad
StR'in Ribbeck
StR Scheib
StR'in Sturm

Abwesend:

StR'in Dr. Ulfert
StR Härtner

Außerdem anwesend:

Herr Thomaier
Herr Großmann
Herr Kaltenleitner
Frau Lebherz
Herr Steffen
Herr Colettis
Frau Bäuerle

Zur Beurkundung

**Erster Bürgermeister
Setzer:**

Für den Ausschuss:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 27 Maßnahmekatalog kommunale Wärmeplanung Stadt Backnang - Vorberatung Beschlussfassung
- § 28 Ausweisung von Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen und Windkraftanlagen – Sachstandsbericht
- § 29 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 04. Mai 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 12 Stadträte; Normalzahl 12
--	--

§ 27

Maßnahmekatalog kommunale Wärmeplanung Stadt Backnang - Vorberatung Beschlussfassung

Herr Großmann und Herr Steffen von den Stadtwerken erläutern den Tagesordnungspunkt anhand der Sitzungsvorlage und einer Präsentation (siehe Anlage).

1. Ausgangslage

Der Gemeinderat hat am 15.07.2021 einen Grundsatzbeschluss zur Erstellung des kommunalen Wärmeplans gefasst. Am 20.10.2022 erhielt der Gemeinderat durch das Planungsbüro B.A.U.M. Consult GmbH einen Sachstandsbericht über die Ergebnisse der Bedarfs- und Potenzialanalyse der kommunalen Wärmeplanung.

Die kommunale Wärmeplanung ist für Gemeinden ein wichtiger Prozess, um die Klimaschutzziele im Wärmebereich zu erreichen. Durch die kommunale Wärmeplanung entwickeln die Gemeinden eine Strategie zur Verwirklichung einer klimaneutralen Wärmeversorgung und tragen damit zur Erreichung des Ziels eines klimaneutralen Gebäudebestands bis spätestens zum Jahr 2040 bei.

Ein wichtiger Bestandteil der kommunalen Wärmeplanung ist der Maßnahmenkatalog, welcher übergeordnet Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels beschreibt.

Nach § 27 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg sind mindestens fünf Maßnahmen zu benennen, mit deren Umsetzung innerhalb der auf die Veröffentlichung folgenden fünf Jahre begonnen werden soll.

2. Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg

Am 24. Oktober 2020 trat die vom Landtag beschlossene Novellierung des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg in Kraft und wurde am 07.02.2023 um den

Schwerpunkt Klimawandelanpassung und zur Verankerung der Klimabelange erweitert. Alle Großen Kreisstädte und Stadtkreise werden zur kommunalen Wärmeplanung und zur Erstellung eines Wärmeplanes bis zum 31. Dezember 2023 verpflichtet.

Als Große Kreisstadt ist die Stadt Backnang verpflichtet, eine strategische Planungsgrundlage zur Umsetzung einer klimaneutralen Wärmeversorgung zu entwickeln und damit einen kommunalen Anteil Teil an der Energie- und Wärmewende zu tragen.

Das Ergebnis der kommunalen Wärmeplanung ist eine strategische Planungsgrundlage, welche fortan in alle formellen Planungen integriert werden muss. Zielsetzung innerhalb des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg ist es, alle Gebäude innerhalb der Gemarkung bis 2040 klimaneutral mit Wärme zu versorgen.

3. Erstellung eines kommunalen Wärmeplans

Die Grundlage für die Erstellung eines kommunalen Wärmeplans bietet die **Bestandsanalyse**. Dabei werden systematisch der Wärmebedarf, die Gebäudetypen, die Baualtersklasse sowie die Versorgungsstrukturen erfasst. Ergänzt werden die Daten durch gebäudescharfe Informationen zum Verbrauch, Brennstoff und Heizungsalter.

Die Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energie, die Nutzung von Abwärme und die Möglichkeiten zur Senkung des Wärmebedarfes werden im Anschluss mittels einer **Potenzialanalyse** aufgenommen und dargestellt. Die Potenzialanalyse liefert wichtige Grundlagen zur Nahwärmenetzplanung und der energetischen Vernetzung von Quartiersentwicklungen im Bestand und Neuplanungen (z.B. IBA-Gelände).

Gemäß den Vorgaben des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg wird aus dieser Datengrundlage für die Stadt Backnang ein **Zielszenario für das Jahr 2040** für eine klimaneutrale Wärmeversorgung konkretisiert. Dabei wird das Jahr 2030 als Zwischenschritt erarbeitet und ebenfalls konkretisiert. Diese Zieljahre sind unabhängig der kommunalen Ambitionen einzuhalten.

Mit Hilfe der im Wärmeplan erarbeiteten **Wärmewendestrategie und des Maßnahmenkatalogs** werden umsetzungsorientierte Schritte aufgezeigt, wie die Emission von CO₂ aus fossilen Quellen beendet werden kann und wie die Wärmeverbräuche vollständig durch erneuerbare Energien gedeckt werden können.

Für den Erfolg einer klimaneutralen Wärmeversorgung in Backnang ist die Einbindung aller Akteure, insbesondere der Stadtwerke, sowie regelmäßige **Akteursbeteiligungen** ein

wichtiger Schlüssel zum Erfolg.

4. Maßnahmenkatalog

Mindestens fünf der im Katalog enthaltenen Maßnahmen sind priorisiert zu benennen, mit deren Umsetzung innerhalb der auf die Veröffentlichung des kommunalen Wärmeplans folgenden fünf Jahre begonnen werden soll.

Gemeinsam mit der Stadtverwaltung, den Stadtwerken Backnang, dem beauftragten Planungskonsortium B.A.U.M. Consult GmbH und KEEA GmbH sowie einem Expertenkreis, dem Wärmetisch, wurden folgende Maßnahmen anhand der Bedarfe und Potenziale im Klimaschutzsektor Wärme und Energie zur ersten schrittweisen Zielerreichung des kommunalen Wärmeplans erarbeitet:

KWP 1: Vorbild kommunale Liegenschaften

KWP 1-1: Energiemanagement und Sanierungsfahrpläne

KWP 1-2: Intracting- und Contracting-Modelle

KWP 1-3: Kommunale Baustandards für klimafreundliches Bauen und Sanieren

KWP 2: Quartierskonzepte und Sanierungsmanagement

KWP 2-1: Backnang Süd „Blütengarten bis Kuchengrund“

KWP 2-2: Backnang Strümpfelbach – Wärmepumpenstrategie

KWP 2-3: emissionsfreie Gebäude in der Mühlstraße

KWP 3: Sanierungsoffensive

KWP 3-1: Aufsuchende Sanierungsberatung

KWP 3-2: Erweiterung offizieller Sanierungsgebiete

KWP 3-3: Serielles Sanieren

KWP 4: PV-Ausbau in der Fläche

KWP 4-1: PV-Freiflächenanlagen

KWP 4-2: Multifunktionale Flächennutzung mit PV

KWP 5: Klimaneutrale Wärmenetze

KWP 5-1: Eignungsgebiete für klimaneutrale Wärmenetze

KWP 6: Klimaneutrales IBA-Gelände Backnang West

KWP 6-1: Leuchtturm IBA-Quartier

Die Stadtverwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, die hervorgehobenen Projekte priorisiert zur Umsetzung weiterzuentwickeln.

5. Weiteres Vorgehen

Im August 2023 erfolgt die Fertigstellung des ersten kommunalen Wärmeplans Backnang mit einem Abschlussbericht. Dieser soll der Öffentlichkeit in einer Veranstaltung vorgestellt werden.

Die Verwaltung wird abhängig von der Finanzsituation im Haushaltsplanentwurf 2024 und in der mittelfristigen Finanzplanung die nötigen finanziellen Mittel einplanen. Im Bedarfsfall soll mindestens eine Personalstelle für die Weiterentwicklung und Umsetzung der Maßnahmen in den Haushaltsplanentwurf mit aufzunehmen.

Stadtrat Degler merkt an, dass das Stromnetz für Wärmepumpen nicht ausgelegt sei und möchte im Hinblick auf Strümpfelbach wissen, welche Möglichkeiten es hierfür gebe.

Stadtrat Dkyen lobt die lokale Versorgung für Backnang Süd. Dies müsse das Ziel in möglichst vielen Quartieren sein. Er möchte wissen, ob man bei der Wärmepumpenstrategie eine Speichertechnologie einplanen könne, da der Strombedarf erhöht sei. Gegebenenfalls könne man an eine Lithiumspeichertechnologie denken. Des Weiteren möchte er wissen, ob die kommunalen Fördermittel auf Backnanger Bürger beschränkt würden.

Stadträtin Sturm merkt an, dass der Schwerpunkt auf die Beratung der Bürger gelegt werden müsse. Sie möchte wissen, ob durch die vorhandenen Netze auch Wasserstoff transportiert werden könne. Für die Umsetzung werde eine neu eingestellte Person nicht ausreichen. Hier müsse weitergedacht und die Bürger auf eine mögliche Anschlusspflicht vorbereitet werden.

Stadtrat Dr. Ketterer ergänzt, dass die Akzeptanz Richtung Klimaschutz vorhanden sei. Dem Bürger seien jedoch die Finanzierung und die Fördermöglichkeit nicht klar, dies müsse aufgezeigt werden. Ebenso seien die steigenden Temperaturen und der damit verbundene Schutz der Bürger zu beachten. Eine Vernetzungsidee müsse auch für private Quartier gedacht werden. Die Speicherung von überschüssiger Energie sei wichtig. Hierzu fehle eine Idee im Konzept. In eng bebauten Gebieten sei das Thema Fläche ein großes Problem. Der richtige Ansatz sei ein Nahwärmenetz als Verbund. Er möchte wissen, ob all dies von den Stadtwerken getragen werde oder ob ein Genossenschaftsmodell denkbar sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass es einen deutlichen Personalbedarf gebe, welcher auf neue Aufgaben und neue Aufgabenfelder zurückzuführen sei. Man müsse hier schnell sein, da auch Private Fachleute suchen. Es dürfe nicht gewartet werden. Ob dies über eine Genossenschaft oder die Stadtwerke umgesetzt werde, müsse im Einzelfall entschieden werden. Ein Anschluss- oder Benutzungszwang müsse über eine Satzung geregelt werden.

Herr Steffen ergänzt, dass das Thema Leistungsfähigkeit des Stromnetzes komplex sei. Der Weg gehe Richtung Wärmeproduktion, welche sich auf das Stromnetz auswirke, was bei dem heutigen Gebäudebestand kritisch zu betrachten sei. Die Probleme seien vorhersehbar. In Stümpfelbach müsse der Strom vor Ort produziert werden. Das Thema Wasserstoff in vorhandenen Leitungen sei ein Sicherheitsthema. Alle Leitungen der letzten 30 Jahre seien wasserstofftauglich. Kritisch seien die Verbindungselemente. Vorerst werde kein reiner Wasserstoff fließen und die Beimischungen seien unkritisch. Gerade im planerischen Bereich sei Personalbedarf vorhanden. Die Finanzierung aufgrund der aktuellen Preisentwicklungen sei ein großes Thema.

Herr Großmann merkt an, dass man die Akteure in den jeweiligen Quartieren betrachten müsse und wie man diese motivieren könne. Derzeit gebe es noch keine Aufbruchsstimmung, allerdings sei ein guter Plan notwendig. Zum Thema Klimaanpassungen werde ein Konzept vorgelegt. Das Thema Speicherung könne nicht auf einer allgemeinen Ebene diskutiert werden, ebenso wenig ein Anschlusszwang.

Stadtrat Gül bittet darum, die Speicherung auf Nachhaltigkeit zu prüfen und nicht lediglich auf Lithiumtechnik zu setzen. Er möchte wissen, ob die Vernetzung im Quartier innerhalb dessen bleibt oder eine stadtweite Nutzung angedacht sei und nach welchen Kriterien die Quartiere zusammengesetzt seien.

Stadträtin Konrad möchte wissen, wann der nächste Energieplan komme und ob auch andere Quartiere, beispielsweise mit Gas betriebene, im Zuge dessen umgestellt werden.

Stadträtin Ribbeck möchte wissen, ob oberirdische Leitungen parallel unterirdisch verlegt werden. Sie schlägt vor, den Stromverbrauch von Bürger zu begrenzen, um diese für das Thema zu gewinnen.

Stadtrat Dobler informiert sich über die anstehenden Gebiete und merkt an, dass kein gesamter Teilort für das Thema Wärmepumpe gewonnen werden könne. Er möchte wissen, wie es um den Pavillon des Max-Born-Gymnasiums stehe.

Der Vorsitzende erklärt, dass der Pavillon im Rahmen eines Neubaus in Angriff genommen werde. Hier seien künftig die energetischen Standards berücksichtig.

Stadtrat Hettich merkt an, dass nun Fakten vorhanden seien. Mit dem derzeitigen Personal werde dies nicht geschafft. Er möchte wissen, wie es mit der Finanzierung der städtischen Gebäude aussehe. Das Meiste liege im privaten Bereich, hier müsse der Schwerpunkt absolut auf der Sensibilisierung der Bürger liegen, was nur mit Fakten erreichbar sei.

Der Vorsitzende erklärt, dass es viel Geld kosten werde. Im nächsten Haushalt sollen die kommenden Projekte berücksichtig und festgelegt werden. Die Stadt müsse als Vorreiter anfangen. Private Haushalte könne die Stadt nur durch Beratung überzeugen. Ein Problem sei die auseinanderklaffende Lücke zwischen der Nachfrage und den Handwerkern. Als kommende Quartiere seien die dunkelrot markierten ausgewiesen.

Herr Steffen führt aus, dass beim Thema Speicherung verschiedenste Techniken berücksichtigt werden. Bei der Vernetzung gebe es unterschiedliche Modelle. Je größer die physikalischen Verbünde innerhalb eines Quartiers, desto wahrscheinlicher sei eine Verteilung im Stadtgebiet. Gebiete mit dem höchsten Verbrauch werden zuerst umgesetzt. Andere Quartiere werden sukzessive ausgebaut. Die technische Nutzungsdauer von vorhandenen Anlagen werde berücksichtigt, wenn diese noch gut seien. Bei den vorhandenen Dachständen seien das Problem die Eigentümer. Es stelle eine finanzielle Hürde dar, da innerhalb der Immobilie die aktuell geltenden technischen Voraussetzungen zu erfüllen seien. Ganze Quartiere umzustellen sei deshalb schwierig.

Herr Großmann ergänzt, dass die Quartiere ähnlich wie aus der Städtebauförderung zu definieren seien. Es handle sich um Bereiche mit energetischen Missständen.

Frau Lebherz merkt an, dass das Thema Beratung schwer sei. Die Zurückhaltung liege oft an der Unklarheit, was im eigenen Quartier komme. Es sei wichtig, Aussagen über die gesamte Stadt treffen zu können. Hier gebe es viele Veranstaltungen hinsichtlich

technischer und finanzieller Möglichkeiten.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Förderprogramme auf Backnanger Bürger zu beschränken seien.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt

empfiehlt

dem Gemeinderat nach intensiver Erörterung mehrheitlich bei einer Gegenstimme:

Der Gemeinderat nimmt vom Sachstand der kommunalen Wärmeplanung Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die unter Punkt 4. vorgeschlagenen Maßnahmen priorisiert weiterzuentwickeln.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 04. Mai 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 11 Stadträte; Normalzahl 12
---	--

§ 28

Ausweisung von Flächen für Freiflächenphotovoltaikanlagen und Windkraftanlagen – Sachstandsbericht

Herr Großmann erläutert den Tagesordnungspunkt anhand einer Präsentation (siehe Anlage).

Stadtrat Dr. Ketterer merkt an, dass 36 Hektar für die VVG-Kommunen kleiner seien als das Industriegebiet Lerchenäcker. Er möchte wissen, wo es noch eine wissenschaftliche Untersuchung benötige, PV-Anlagen mit einer landwirtschaftlichen Nutzung zu kombinieren.

Stadträtin Konrad äußert, dass es reichen müsse, wenn man Hausdächer mit PV-Anlagen bestücke bevor man die freien Flächen zerstöre.

Stadträtin Sturm erklärt, dass die PV-Anlagen in trockenen Sommern den Boden vor Austrocknung schützen könne. Die Nutzung der Flachdächer in den Gewerbegebieten seien ebenfalls geeignete Standorte. Sie wünsche sich, auch als Mieterin die Möglichkeit zu haben, sich an der alternativen Energieproduktion zu beteiligen.

Stadtrat Dobler äußert Bedenken bezüglich der Optik und das Votum, mit den Parkplatzflächen und Parkhäusern anzufangen. Er habe Zweifel, dass das Stromproblem gelöst werde, wenn man Wärmepumpen betreiben wolle. Er möchte wissen, ob die PV-Anlagen von der Drehung flexibel sind.

Stadtrat Dyken ergänzt, dass PV-Anlagen eine höhere Akzeptanz haben als Windkraft. Er bittet darum, dass freie Flächen erhalten bleiben und die Standorte gut verteilt und nicht gebündelt werden, damit es noch genügend grüne Flächen gebe.

Stadtrat Degler äußert Verwunderung. Einerseits wolle man die Natur und die Landschaft schützen, andererseits suche man Freiflächen für PV-Anlagen. Dies widerspreche dem grünen

Grundgedanken. Eine PV-Anlage über einer landwirtschaftlichen Fläche funktioniere nur mit Niederstamm-Obstbau, nicht mit dem konventionellem. Hier werde ebenfalls die Fauna der Vögel und anderer Tiere gefährdet.

Stadtrat Franke äußert Sorge zur Vereinbarkeit mit der Natur und bittet darum, Parkflächen zu nutzen, bevor andere Flächen versiegelt werden.

Der Vorsitzende erklärt, dass es niemandem verwehrt sei, PV-Anlagen auf Bestandsflächen zu installieren. Der Unterschied sei, dass man Private nicht verpflichten könne. Die Neuregelung gelte nur für Neubauten. Im Lerchenäcker gebe es viel Bereitschaft, was regulatorisch aber nicht möglich sei. Hier gebe es zu viele Hürden. Die Stadt möchte auf großen geeigneten Flächen ergänzend umsetzen. Die ausgewiesenen Flächen seien lediglich geeignet, noch nicht beschlossen. Das endgültige Konzept werde weniger Flächen ausweisen.

Herr Großmann führt aus, dass regenerative Energie in Fläche erzeugt werden müsse. Nicht alle eingefärbten Flächen seien möglich, nur die eingekreisten. Für das Thema Agri-PV müsse ein Experte her, hier gehe es um weitgreifendere Themen wie Stützlasten. Es seien ebenfalls ästhetische Lösungen denkbar, damit keine Flutung der Landwirtschaft entstehe.

Stadträtin Sturm verlässt die Sitzung.

Stadtrat Scheib bietet an, in Steinbach Blühflächen zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Franke möchte wissen, ob es möglich sei, die vorgegebenen Potenziale auch durch anderer regenerative Möglichkeiten zu kompensieren. Es gehe darum, die Quote zu erfüllen, hier müsse das Ergebnis zählen.

Der Vorsitzende erklärt, dass es sich hier um eine Soll-Vorschrift handle, nicht um ein Gesetz. Rein bilanziell könne man die fehlenden PV-Anlagen durch Windkraft kompensieren. Dies führe aber wiederum zu einem anderen Konfliktfeld. Es werde irgendwann zu einer Dunkelflaute führen, wenn es keinen Strom aufgrund mangelndem Wind gebe. Somit sei dies kein Weg den man gehen könne. Es müsse versucht werden, alle Potenziale auszuschöpfen.

Stadtrat Dyken möchte wissen, wann die Standorte eingegrenzt seien.

Der Vorsitzende erklärt, dass damit im dritten Quartal zu rechnen sei.

Der Ausschuss für Technik und Umwelt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Ausschusses für Technik und Umwelt am 04. Mai 2023 - Öffentlich -	Anwesend: Erster Bürgermeister Setzer als Vorsitzender und 11 Stadträte; Normalzahl 12
---	--

§ 29

Anfragen

Stadträtin Ribbeck lobt die Instandhaltung der Spielplätze und die Abdeckung derer Sandkästen. Sie möchte wissen, warum die Weiden von der Baumpflanzaktion entlang der Murr zurückgeschnitten werden, wenn die Murr doch beschattet werden müssen.

Der Vorsitzende werde das Lob weitergeben. Eine derartige Baumpflanzaktion werde sich wiederholen. Die Schnittaktionen werden durch das Regierungspräsidium durchgeführt, welches den Naturschutz einhalte.